

Wesel, 12.03.2024

Rede zum Haushaltsentwurf

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren,

Auch wenn wir sicherlich seit einigen Jahren in unruhigen Zeiten leben, und wir uns mehr oder weniger erfolgreich durch die verschiedenen Krisen hangeln, leider ist manches von dem, was uns derzeit beschäftigt auch hausgemacht und nicht nur das Ergebnis von externen Einflüssen.

Wenn man sich mal einen vergangenen Haushaltsentwurf anschaut, dann haben wir hier mal 2018 geplant, dass der Schuldenstand 2018 am Ende des Haushaltsjahres 107 Mio. € betragen sollte.

Schaue ich mir den heutigen Haushaltsentwurf an, dann stellt man fest, dass die Verschuldung 2023 bei fast 200 Mio.€ liegt und für das Jahr 2027 die Verschuldung sage und schreibe 355 Mio.€ betragen soll. Die Verschuldung der Stadt wird sich damit in 10 Jahren, von 2018 bis 2027 um fast 250 Mio. € erhöhen und die pro Kopf Verschuldung der Bürger unserer Stadt steigt von 1.700 € auf über 5.500 €. Von Entschuldung, wie ja hier gerne im Zusammenhang mit dem Haushalt gerne geredet wird, kann hier überhaupt keine Rede sein. Die Chance haben wir vertan. Leider gilt immer noch der Satz, in guten Zeiten und die hatten wir, muss man die schlechten Zeiten vorbereiten.

Wir machen leider immer wieder den Fehler, dass wir uns mehr auf ein einzelnes Haushaltsjahr konzentrieren und weniger den Blick auf die Mittelfristplanung richten. Denn in der Bewertung der Mittelfristplanung zeigen sich auch die Auswirkungen unserer Entscheidungen.

Jetzt stehen wir vor der Situation, dass wir mit einem Verlust für das laufende Haushaltsjahr von 22 Mio. € planen müssen. Der kann auch noch wesentlich größer werden. Das hängt eigentlich nur an den Gewerbesteuern. Und in der derzeitigen wirtschaftlichen Rezession, wo noch keiner weiß wie lange die dauert, zu erwarten, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer noch steigen, um unseren Haushalt zu stabilisieren, ist verdammt risikoreich.

Der hohe Verlust hat natürlich eine große Ursache, nämlich in der fehlenden Erstattung von Bund und Land bei der Betreuung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Die Kosten betragen 10 Mio.€. 4,2 Mio. € werden uns erstattet, bleibt ein Delta von 5,8 Mio €. Das können so die Kommunen nicht tragen. Damit können wir aber allein den Fehlbetrag von 22 Mio. € auch nicht erklären. Und nur zur Erinnerung, dass wir den letzten Jahren immer positive Jahresabschlüsse gefeiert haben, lag auch

daran, dass wir noch 10 Mio. € isolierte Kosten vor uns herschleppen. In Summe sind das 32 Mio. € Verlust. Das hat alles schon so ein bisschen was von einem Zahlen Sodoku, da wird auch vieles ausgeblendet, was dann auch die Sicht auf die Realität vernebelt.

Wir gehen in der aktuellen Haushaltsplanung noch von Ausgabensteigerungen von insgesamt 1,3% bis 2027 aus. Von 237 Mio. € auf 240 Mio. €. Das sind etwas mehr als 0,3% pro Jahr bei einer Inflation die 10-mal so hoch ist. Wir benötigen gleichzeitig aber 14 Mio. € mehr an Steuern und Abgaben von den Bürgern und Unternehmen in dieser Stadt. Nach Plan, angeblich ohne weitere Veränderung der Hebesätze. Aus Sicht der WfW, bildet die Mittelfristplanung absolut nicht ab, welche enormen Aufgaben in den nächsten Jahren noch bevorstehen. Und die Bürger sind konfrontiert mit einer Wahnsinns Mehrbelastung, gerade bei den Mietnebenkosten Energie, Nahrung und durch Steuern. Und wir brauchen uns nicht wundern, dass die Menschen sich politisch umorientieren, wenn wir hier nicht die richtigen Signale setzen.

Meine Damen und Herren, allein die nächsten zwei Jahre werden für alle extrem herausfordernd. Und ich wage auch eine Prognose, dieser Haushalt wird ohne weitere deutliche Steuererhöhungen für Bürger und Unternehmen eine Haushaltssicherung kaum mehr verhindern können, oder wir fangen an uns auf die Pflichtaufgaben zu konzentrieren, um dann zu schauen wie viel Geld haben wir noch für die freiwilligen Aufgaben. Wenn wir die Aufgabe erledigt hätten, erst dann wäre der Zeitpunkt richtig gewählt, um Steuererhöhungen in Erwägung zu ziehen. In der jetzigen Haushaltsplanung sollen trotz wirtschaftlicher Rezession und schlechter Perspektiven, die Unternehmen in dieser Stadt den Hauptanteil an den Steuermehreinnahmen im Haushalt tragen. Nämlich, nach Plan bis 2027 mehr als 10,5 Mio. Derzeit haben wir 42,5 Mio. € mit sinkender Tendenz, trotz Anhebung der Hebesätze. Die 53 Mio.€ passen gar nicht mehr in die Tabelle des Kämmerers.

Frei nach unserem Wirtschaftsphilosophen in Berlin, „den Unternehmen in unserem Land geht es eigentlich gut, nur die Zahlen sind miserabel“.

Auch wenn Wesel immer noch eine starke Stadt ist und wir mit vielen Problemen zu kämpfen haben, die wir kaum oder gar nicht beeinflussen können, Grundlage für eine solide Haushaltsplanung ist, dass man erst einmal weiß und auch offen diskutiert, in welcher prekärer Lage auch wir uns befinden. Allein die Personalaufwendungen sind von 2020 bis 2024 um insgesamt 28% gestiegen, mit Sondereffekten, insbesondere für dieses Haushaltsjahr. In den nächsten 4 Jahren sollen die Personalaufwendungen aber nur noch um jährlich 1,5% steigen. Wo bleibt da der Realitätsbezug.

Stattdessen werden aber für 2024 noch 20,95 zusätzliche Stellen geschaffen mit zu erwartenden Personalkosten von allein 600.000 €/a. Und die neuen Kollegen brauchen auch alle ein Büro, EDV-Ausstattung und vieles mehr. Mich würde das nicht wundern, wenn wir auch noch externe neue Büroräume anmieten müssten.

Ich kann nicht darüber befinden, ob die Stellen wirklich notwendig sind, dass will ich mir nicht anmaßen, ich erwarte aber, dass die finanziellen Auswirkungen von Personalkosten inkl. realistischer Tarifabschlüsse in Anlehnung an die Inflation auch im Haushalt dargestellt werden.

Meine Damen und Herren, wir sind viel näher an der Haushaltssicherung als es der Haushaltsentwurf für 2024 und die Folgejahre aussagt.

Bei aller Skepsis über den Haushaltsentwurf ich will aber auch nicht verschweigen, dass die Verwaltung sich Gedanken über Einsparpotentiale gemacht hat. Wir haben aber, und dass war immer die Haltung der WfW zu viel Geld für diverse Freizeiteinrichtungen mit eingeschränktem Nutzen für die Weseler Bürger ausgegeben. Wir unterscheiden da auch zwischen investiven und konsumtiven Maßnahmen. Wir haben hier viel über die Notwendigkeit dieser enormen und unnötigen Investition vom Rheinbad gesprochen. Unseren Haushalt haben aber auch weitere Kosten im Zusammenhang mit dem Rheinbad belastet. Die Abfindung für den Pächter der Rheinterrassen, ein satter sechsstelliger Betrag, die Verlagerung Minigolfplatz, über eine Millionen €, Retentionsraum, Multifunktionsgebäude, Mobilstation am Rheinbad, die Busverbindung zum Rheinbad, leider für die allermeisten Besucher des Bades völlig nutzlos und kostet uns mehr als 500.000 €/a. Wir haben hier mehrere Mill.€ Zusatzkosten, die nicht in den eigentlichen Baukosten zu finden sind. Und die belasten unseren Haushalt. Die Besucherzahlen von 240.000 pro Jahr, ist an den Haaren herbeigezogen. Die Betriebskosten des Bades werden den Haushalt noch auf eine echte Belastungsprobe stellen.

Meine Damen und Herren, in dem Haushaltsentwurf stecken viele Positionen, denen man im Einzelfall zustimmen kann, wenn der Haushalt eine solide Perspektive hätte. Aber leider ist der Leidensdruck noch nicht hoch genug, um den Haushalt zu sortieren nach Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben und wofür haben wir Geld und wofür nicht.

Die Steuererhöhung von Grundsteuer B und Gewerbesteuer tragen wir auch deshalb so nicht mit, weil die Aufgabe nicht gemacht ist und hier eben auch vom Rat in den letzten Jahren kostspielige Entscheidungen getroffen wurden, die uns heute und in der nächsten Zukunft enorm beschäftigen werden.

Die Planungskosten für die Hansaringschule wurden mal mit 1 Mio. € geplant, jetzt sind wir mittlerweile bei 2,5 Mio. €. Man kann hier den Eindruck haben, dass die Planungskosten für öffentliche Gebäude mittlerweile höher sind als die eigentlichen Baukosten. Auch hier sagen wir, so kann man mit Steuermitteln nicht umgehen. Solche Büros haben es zwar im Moment einfach, müssen auch mal merken, dass Grenzen überschritten sind.

Wir können dem Haushalt 2024 so nicht zustimmen, auch wenn wir den Willen erkennen und sehen, dass hier doch einige Fraktionen im Rat erhebliche Zugeständnisse machen mussten.

Zum Abschluss meine Damen und Herren, eine wirklich positive Entwicklung macht der ASG. Trotz angespannter Haushaltslage hat man den Eindruck, die Sauberkeit der Stadt verbessert sich und auch die Grünflächen werden wieder mehr gepflegt. Das ist aus unserer Sicht eine positive und wirklich schöne Entwicklung.

Vielen Dank.